

BERLIN – INTERN

DER INFOBRIEF

Landesgruppe Brandenburg
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder:

Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 27 / 2019 (12. Juli 2019)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Vorsitzenden
2. Gleichwertige Lebensverhältnisse - Gleiche Chancen auf Teilhabe
3. Öffentlicher Dienst - Neues Besoldungsrecht im Bund
4. Start der 55. Wettbewerbsrunde von "Jugend forscht" - Nachwuchsforscher gesucht!
5. 37. Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) 2020/2021
6. Bilanz der großen Koalition (1/2)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

im Juli vergangenen Jahres setzte die Bundesregierung die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" ein. In dieser Woche nun hat die Bundesregierung Vorschläge gemacht, wie die Ergebnisse der Kommission umgesetzt werden können und der ungleichen Entwicklung von Regionen in Deutschland entgegengewirkt werden kann. Näheres dazu finden Sie unter Punkt 2 dieses Wochenbriefs.

Am kommenden Dienstag um 18.00 Uhr stimmt das Europäische Parlament über Ursula von der Leyen als nächste Präsidentin der EU-Kommission ab. Bereits am Dienstagmorgen um 09.00 Uhr wird Ursula von der Leyen eine Rede halten und anschließend wird das Europäische Parlament bis 12.30 Uhr über die Personalie debattieren. Wir drücken Frau von der Leyen fest die Daumen.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Gleichwertige Lebensverhältnisse - Gleiche Chancen auf Teilhabe

Arbeitsplätze, Bildung, öffentlicher Nahverkehr: Alle Menschen in Deutschland sollen gleiche Chancen auf Teilhabe erhalten - unabhängig von ihrem Wohnort. Dazu will die Bundesregierung die Ergebnisse der Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" umsetzen.

Die Bundesregierung setzt sich mit zahlreichen Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland ein und will in ganz Deutschland die Voraussetzungen für Chancengleichheit schaffen.

Dazu gehören beispielsweise:

- Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen bringen,
- eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung,
- ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sowie
- mehr und qualitativ bessere Kita-Plätze.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen setzt die Bundesregierung die Ergebnisse der Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" um. Diese Vorschläge hat das Bundeskabinett nun beschlossen.

Unterschiede auch zwischen Nord und Süd

Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Das zeigt sich in einer starken Wirtschaft, einer hohen Beschäftigungsrate und in einem gut ausgebauten Sozialstaat. Zugleich ist Deutschland ein vielfältiges Land. Auch diese Vielfalt ist Teil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Allerdings sind die Ressourcen und Möglichkeiten nicht gleich verteilt. Je nach Region sind die Teilhabechancen sehr unterschiedlich. Nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd, zwischen Städten und ländlichen Gegenden.

In Großstädten ist beispielsweise die Ärztedichte hoch, in Kleinstädten müssen mitunter Krankenhäuser schließen. Auf dem Land sind Wohnungen günstiger und zum Teil gibt es Leerstände, in den Städten sind Wohnungen knapp. In Ballungsräumen herrscht großer Bedarf an Kitas und Schulen, in ländlichen Regionen müssen Kinder oft weite Schulwege in Kauf nehmen.

Aktivitäten der Bundesregierung

Um dieser ungleichen Entwicklung entgegenzuwirken, setzte die Bundesregierung im Juli 2018 die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" ein. Nun hat die Bundesregierung Vorschläge gemacht, wie die Ergebnisse der Kommission umgesetzt werden können.

Gleiche Chancen auf Teilhabe überall in Deutschland - das ist das Ziel. Diese konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung umsetzen, damit sich die Lebensbedingungen in Deutschland angleichen:

- Strukturschwache Regionen gezielt fördern,
- Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen.
- Breitband und Mobilfunk flächendeckend ausbauen,
- Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche verbessern sowie
- Dörfer und ländliche Räume stärken.

Hierzu ist geplant, Investitionen in eine erreichbare Grundversorgung in ländlichen Räumen sowie attraktive und lebendige Ortskerne zu konzentrieren. Dabei sollen auch Gebäudeleerstände bekämpft werden.

- Städtebauförderung und sozialen Wohnungsbau voranbringen,
- eine faire Lösung für kommunale Altschulden finden,
- Engagement und Ehrenamt stärken,
- Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern,
- Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen,
- das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern und
- "Gleichwertige Lebensverhältnisse" als Richtschnur setzen.

Die Aktivitäten der Bundesregierung sollen bereits in dieser Legislaturperiode erste Veränderungen bringen. Andere Ergebnisse werden mitunter erst mittelfristig spürbar sein.

Beratung mit Ländern und Kommunen

Die Bundesregierung stellt damit die Weichen für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das ist eine herausragende Aufgabe für das kommende Jahrzehnt. Nach der Sommerpause wird der Bund in einer zweiten Phase gemeinsam mit Ländern und Kommunen beraten, welche Maßnahmen konkret umgesetzt und verwirklicht werden.

3. Öffentlicher Dienst - Neues Besoldungsrecht im Bund

Die Bundesregierung modernisiert mit einem neuen Gesetz das Dienstrecht - um den öffentlichen Dienst für die Zukunft attraktiv und wettbewerbsfähig aufzustellen.

Da der demografische Wandel und die Digitalisierung auch die Anforderungen an den öffentlichen Dienst verändert haben, ist es notwendig, dass der Bund künftig flexibler agieren und zukunftsorientierte Lösungen für die Fachkräftegewinnung nutzen kann. Eine verstärkte Nachwuchsgewinnung soll den Staat im Wettbewerb um die besten Köpfe voranbringen.

Wettbewerbsgerechte Besoldung

Der Gesetzentwurf sieht umfangreiche Änderungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Umzugskostenrecht des Bundes vor. Insbesondere für die Bundeswehr und die Zollverwaltung werden die Besoldungsstrukturen künftig wettbewerbsgerecht gestaltet. Für die Bundeswehr sollen zugleich die mit den hohen Mobilitätsanforderungen verbundenen Belastungen besser ausgeglichen werden.

Der Gesetzentwurf setzt eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag um: Die Koalitionsparteien hatten sich darin zu einem modernen und attraktiven öffentlichen Dienst bekannt, der mit bestens ausgebildeten und hochmotivierten Beschäftigten seine Aufgaben gut, zuverlässig und effizient erledigt.

4. Start der 55. Wettbewerbsrunde von "Jugend forscht" - Nachwuchsforscher gesucht!

Experimentieren erwünscht: Bereits zum 55. Mal ruft "Jugend forscht" dazu auf, sich mit spannenden Ideen an Deutschlands bekanntestem Wettbewerb für Nachwuchsforscherinnen und -forscher zu beteiligen. Unter dem Motto "Schaffst Du!" sind Mathe-Fans genauso eingeladen wie Technikexperten oder begeisterte Chemiker.

Von der Grundschülerin bis zum Studienanfänger - talentierte junge Forscherinnen und Forscher können sich bis zum 30. November 2019 online für die neue Runde von "Jugend forscht" anmelden.

Der Wettbewerb richtet sich an Jugendliche bis 21 Jahre. Hierbei gibt es zwei Alterssparten: Jugendliche ab 15 Jahren starten in der Sparte "Jugend forscht". Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahre können in der Juniorensparte "Schüler experimentieren" starten und müssen im Anmeldejahr mindestens die vierte Klasse besuchen. Studierende können sich nur im Jahr ihres Studienbeginns anmelden.

Leidenschaft für Forschung und Wissenschaft fördern

Junge Menschen für die sogenannten MINT-Fächer begeistern - das ist Ziel von "Jugend forscht". Der Talentwettbewerb möchte besondere Leistungen und Begabungen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik gezielt fördern. Wer leidenschaftlich gerne forscht, innovativ und kreativ ist, ist hiermit aufgerufen, die Herausforderung anzunehmen und ein eigenes Forschungsprojekt zu erarbeiten und einzureichen.

"Wir suchen die Forscher von morgen!" Damit läutete 1965 Henri Nannen, damaliger Chefredakteur der Zeitschrift Stern, die erste Wettbewerbsrunde von "Jugend forscht" ein - heute Deutschlands bekanntester Nachwuchswettbewerb. Mittlerweile haben mehr als 280.000 Jugendliche an dieser Talentauswahl teilgenommen. Neun von zehn erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern

studieren später ein MINT-Fach. Viele sind anschließend als Wissenschaftler an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen oder als Führungskräfte in Unternehmen tätig.

Messen mit den Besten

Nach Anmeldeschluss am 30. November 2019 werden die Teilnehmer der angemeldeten Projekte angeschrieben und über den weiteren Wettbewerbsverlauf informiert. Am Anschluss finden dann ab Februar 2020 die Regional- und Landeswettbewerbe statt.

Höhepunkt und Finale des Wettbewerbs ist der Bundeswettbewerb. Hier messen sich die Landessieger in den sieben Fachgebieten Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik/Informatik, Physik und Technik. Alle Jungforschenden präsentieren ihre Projekte an einem eigenen und selbstgestalteten Ausstellungsstand. Eine Fachjury, bestehend aus Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Schule, begutachtet und bewertet die Projekte. Im Anschluss erfolgt die Preisverleihung.

Der 55. Bundeswettbewerb "Jugend forscht" findet vom 21. bis 24. Mai 2020 in Bremen statt.

Sonderpreis für originellste Arbeit

Seit 1997 ist der Bundespräsident Schirmherr des Wettbewerbs und zugleich Preisstifter. Der "Preis des Bundespräsidenten für eine außergewöhnliche Arbeit" gehört zu den hochkarätigen Auszeichnungen, die jedes Jahr beim Bundesfinale vergeben werden.

Auch die Bundeskanzlerin vergibt jedes Jahr den "Sonderpreis für die originellste Arbeit". Er ist mit 3.000 Euro dotiert. Seit 1981 ist es gute Tradition, dass die Bundeskanzlerin die jeweils fünf Besten der sieben Fachgebiete ins Kanzleramt nach Berlin einlädt. Bei einem feierlichen Empfang überreicht sie ihren Sonderpreis und lässt sich die Forschungsarbeit erklären. Im Anschluss besteht für die jungen Bundessiegerinnen und Bundessieger die Gelegenheit, einige persönliche Worte mit der Bundeskanzlerin zu wechseln.

"Jugend forscht" ist eine gemeinsame Initiative von Bundesregierung, der Zeitschrift "stern" und der Wirtschaft. Die Kultusministerien und Schulen unterstützen den Wettbewerb maßgeblich. Schirmherr ist der Bundespräsident. Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Jugend forscht ist die Bundesministerin für Bildung und Forschung.

5. 37. Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) 2020/2021

Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Seit dem 2. Mai 2019 können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) für das Austauschjahr 2020/2021 auf bundestag.de/ppp bewerben. Die Bewerbungsfrist endet am 13. September 2019.

Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses für junge Deutsche und US-Amerikaner. Bundestagsabgeordnete übernehmen für die Jugendlichen eine Patenschaft. Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Die Stipendiaten leben während des Austauschjahres in Gastfamilien. Gleichzeitig verbringen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA ein Austauschjahr in Deutschland. Die Stipendiaten lernen den Alltag, die Kultur und die Politik des anderen Landes kennen. Zugleich vermitteln sie als Junior-Botschafter ihre Erfahrungen, Werte und Lebensweise aus ihrem Land.

In Deutschland nominieren die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen die PPP-Stipendiatinnen und Stipendiaten nach einer unabhängigen Vorauswahl und übernehmen für sie eine Patenschaft. Im Dezember 2019 entscheidet sich, welches Mitglied des Bundestages in einem Wahlkreis parlamentarischer Pate für das Austauschjahr 2020/2021 wird.

Bewerben können sich bundesweit Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2020) mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31.7.2020) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein.

Das PPP-Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, Vorbereitung und Betreuung sowie notwendige Versicherungen.

Alle Informationen zum PPP und zur Bewerbung: www.bundestag.de/ppp

Fragen und Auskünfte unter ppp@bundestag.de

6. Bilanz der großen Koalition (1/2)

Die schwarz-rote Koalition hat bereits viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret verbessern und unser Land stärken. Hier sind kurz und knapp die wichtigsten Erfolge.

1. Wir schaffen Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen:

Digitalisierung der Schule: Grundgesetz geändert; 5 Milliarden Euro Unterstützung für Länder
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro ab dem 1. Juli 2019

Fortführung des Kitaausbaus: Bundeshilfe bisher schon 11 Milliarden Euro, weitere 5,5 Milliarden Euro bis 2022 (Gute-Kita-Gesetz)

Erhöhung des BAföG um mehr als 15 Prozent und Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten

„Schwarze Null“ garantiert Generationengerechtigkeit Für einkommensschwache Familien wird der Kinderzuschlag erhöht und der Antrag einfacher

2. Wir schützen Klima und Umwelt:

Saubere Luft: 1 Milliarde Euro Förderung für saubere Busse und Müllwagen

Energiewende voranbringen: Beschleunigung des Netzausbaus; Erhöhung des Ausbaus von Windenergie an Land und Solarenergie um je 4 GW 2019 - 2021

Anteil **erneuerbarer Energien** am Strom zwischen 2005 und 2018 vervierfacht von 10 Prozent auf fast 40 Prozent

Ausstieg aus Kohle wird vorbereitet; Unterstützung der betroffenen Regionen beim Strukturwandel

3. Wir sorgen für mehr bezahlbaren Wohnraum:

Baukindergeld für Familien mit 1.200 Euro pro Kind und Jahr für die Dauer von 10 Jahren; Anträge noch bis zum 31. Dezember 2020 möglich

Sozialer Wohnungsbau: GG geändert, damit Bund den zuständigen Ländern helfen kann mit insgesamt 5 Milliarden Euro

4. Wir sorgen für einen starken Staat und garantieren innere Sicherheit:

Pakt für den Rechtsstaat stärkt Justiz und Polizei: 2.000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte, 15.000 neue Polizisten bei Bund und Ländern, jeweils bis Ende 2021; Beschleunigte Gerichtsverfahren

Bundeswehr stärken: Erhöhung des Wehretats um 6,2 Milliarden Euro (2018 + 2019); Fortsetzung Personalaufwuchs; Bundeswehr attraktiver gemacht als Arbeitgeber u. a. durch Verbesserungen bei Alterssicherung, Krankenversicherung sowie der Absicherung bei Unfällen

5. Wir steuern und begrenzen Zuwanderung:

Fachkräftezuwanderungsgesetz: Erleichterung des Zuzuges von qualifizierten Fachkräften, Begrenzung auf Mangelberufe und Vorrangprüfung entfallen; IT-Spezialisten brauchen keinen

Abschluss; Personen über 45 Jahre brauchen Mindestgehalt oder sonstige angemessene Altersversorgung

Regelungen für **mehr Ausweisungen** abgelehnter Asylbewerber; strengere Regelungen für Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer

Abschaffung Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge (bis auf 1.000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen).

Redaktion : Thorsten Mattick, Landesgruppenreferent

